WP-05-644 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Kreisverband Köln
Beschlussdatum: 02.11.2026

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 643 bis 646:
Ebenso wollen wir die Herkunftsnennung beenden, dort wo sie unnötige Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund schafft. ~~Unabhängige Wissenschaft binden wir dabei stärker ein, und neue Maßnahmen und Befugnisse überprüfen wir regelmäßig auf ihre tatsächliche Wirkung.~~

Dazu gehört auch, die getrennte Aufführung von Deutschen mit doppelter Staatsbürgerschaft in der Polizeilichen Kriminalstatistik wieder abzuschaffen. Unabhängige Wissenschaft binden wir dabei stärker ein, und neue Maßnahmen und Befugnisse überprüfen wir regelmäßig auf ihre tatsächliche Wirkung.

Begründung

In der Polizeilichen Kriminalstatistik 2025 wurden erstmals Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft gesondert ausgewiesen. Damit ist NRW das erste Bundesland in Deutschland, das in der Kriminalstatistik deutsche Bürger*innen aufteilt.
Eine gesonderte Auswertung der Straftaten von Deutschen mit doppelter Staatsbürgerschaft bietet keinerlei Erkenntnisgewinn, sondern fördert Stigmatisierung und Rassismus. Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft wird vermittelt, dass ihr deutscher Pass nicht ausreiche und sie im Zweifel „nicht deutsch genug“ seien. Diese Trennung stützt sich auf völkisch-nationalistisches Gedankengut wie das der AfD und kann ihr eine Argumentationsgrundlage bieten. In Artikel 116 GG ist klar beschrieben, wer Deutscher ist. Daran sollte sich auch unsere Polizeiliche Kriminalstatistik halten und diese Gruppe nicht weiter unterteilen.
Die Änderung der Polizeilichen Kriminalstatistik kam durch einen Erlass des Innenministers zustande und stieß bei unseren GRÜNEN Abgeordneten auf massive Kritik. Wir GRÜNE konnten dies aufgrund der Zuständigkeiten zwar nicht verhindern, sollten uns aber dennoch weiterhin stark dafür einsetzen, dass sie zurückgenommen wird, bevor andere Bundesländer nachziehen.